

Aachen, den 8. März 2012

Pressemitteilung:
LINKE-Fraktion im Städteregionstag befürwortet die Tarifforderungen im Öffentlichen Dienst

Die DGB-Gewerkschaften (Ver.di, GdP, GEW) und die dbb Tarifunion fordern für die öffentlich Angestellten u. A. eine Entgelterhöhung von 6,5 Prozent, eine Anhebung der unteren Einkommen auf mindestens 200 €, die unbefristete Übernahme der Auszubildenden sowie eine spürbare Anhebung der Ausbildungsvergütung.

„Die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes erbringen hochqualifizierte und unentbehrliche Dienstleistungen. Deshalb muss die Zeit des Verzichts zu Ende sein und eine tätigkeitsgerechte Bezahlung einsetzen“ erklärt der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag, Uwe F. Lühr.

Leider ist die Einkommensentwicklung im Öffentlichen Dienst hinter der in der privaten Wirtschaft zurückgeblieben. Die jüngste Untersuchung des Statistischen Landesamtes in NRW hat gezeigt, dass die Bezüge des Öffentlichen Dienstes im Durchschnitt um 20% unter den Gehältern in der Privatwirtschaft liegen. Vor diesem Hintergrund ist eine leistungsgerechte Anpassung im Öffentlichen Dienst fällig. Qualifizierter Nachwuchs kann nur mit attraktiven Arbeitsbedingungen und leistungsgerechter Bezahlung gewonnen werden

Dem akuten Fachkräftemangel, wie z. B. bei den Erziehungsberufen (die Pflegeberufe zählen grundsätzlich nicht zum öffentlichen Dienst – oft sind es Einrichtungen, die sich am öffentlichen Dienst orientieren) gilt es durch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen vorzubeugen. Im Zusammenhang mit der demographischen Entwicklung der Gesellschaft stellt der Geburtenschwund ein ernstzunehmendes Problem für den öffentlichen Beschäftigungssektor dar, dem es durch gut bezahlte Arbeitsplätze zu begegnen gilt.

Die Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag unterstützt die Gewerkschaften in ihrem Bemühen einer deutlichen Realloohnerhöhung. Wie es in der Erklärung von Ver.di heißt:

„Ein gut funktionierender öffentlicher Dienst ist gerade in unsicheren Zeiten unverzichtbar - für jede/n Einzelne/n und für die Gesellschaft als Ganzes. Aber jeder öffentliche Dienst ist nur so gut wie seine Beschäftigten. Damit das so bleibt, muss ihre Leistung anerkannt werden- auch durch eine gerechte Bezahlung!“

Anja Linz
Mitarbeiterin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit